



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

SPD/LII/109

10. Sept. 1948

Um das hessische Betriebsrätegesetz

Von Rudolf Gerstung, Sozialreferent der SPD

Der hessische Landtag hat im Mai mit überwiegender Mehrheit ein Betriebsrätegesetz angenommen, das ursprünglich von der Militärregierung abgelehnt, nunmehr aber von General Clay mit der Einschränkung genehmigt worden ist, daß die Artikel 52 - 55, die das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht betreffen, solange ausgesetzt werden, bis nach Zusammenschluß der westdeutschen Länder die oberste deutsche Instanz entscheidet, ob das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht Sache der einzelnen Länder oder der Bundesregierung ist. Das bedeutet demnach, daß das Gesetz in seinen wesentlichsten vorgesehenen Funktionen vorläufig außer Kraft bleibt.

Das hessische Betriebsrätegesetz ist nicht ein Produkt zufälliger, für das Zustandekommen des Gesetzes günstiger parlamentarischer Verhältnisse, es ist vielmehr zu verstehen aus der Entwicklung des Arbeitsrechts in Deutschland selbst. Die Arbeit der Betriebsräte fußt auf dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10.4.1946 (Betriebsrätegesetz). Dieses Kontrollratsgesetz bezeichnet lediglich den Rahmen, in welchem sich die Betriebsräte betätigen dürfen und kann nicht als ausreichende Grundlage für die komplizierten und vielfältigen Arbeiten der Betriebsräte angesehen werden. Daher haben die Gewerkschaften die sogenannten "Betriebsvereinbarungen" als das Fundament für die Arbeit der Betriebsräte erklärt und für den Abschluß von Betriebsvereinbarungen Muster geschaffen, die ein Mindestmaß von Forderungen enthalten. Als wichtigste Forderung erscheint darin zunächst die Vereinbarung des vollen Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats bei Einstellungen, Entlassungen und sonstigen persönlichen Veränderungen der Arbeitnehmer im Betriebe. Außerdem enthalten sie die Forderung der gleichberechtigten Mitwirkung in allen Kontrollorganen der Betriebe und die Unterrichtung des Betriebsrats über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Unternehmung. Es handelt sich also weniger um Fragen, die mit den materiellen Arbeitsbedingungen zu tun haben; vielmehr ist die Unternehmerfunktion als solche zur Debatte gestellt. Die Unternehmerkreise wehren sich dagegen und betonen, daß es sich hierbei um Eingriffe in die verfassungsmäßig gewährleisteten individuellen Rechte handelt. Die heutige Entscheidung der Militärregierung begünstigt somit den Unternehmerstandpunkt über den tatsächlichen Bedürfnissen des deutschen Volkes beim Wiederaufbau nicht gerecht wird. Diese Bedürfnisse sind nicht nur aus der

10.9.1948

Augenblickssituation zu beurteilen - obwohl diese dringend genug ist - sondern müssen im Licht der sich bildenden demokratischen Tradition gesehen werden.

Die Gewerkschaften sind der Meinung, daß zum Beispiel zwischen dem Betriebsrätegesetz von 1920 und dem Kontrollratsgesetz von 1946 ein rechtlicher Zusammenhang besteht. Es wird damit betont, daß in Deutschland das Arbeitsrecht eine eigene Prägung erfahren hat und daß selbst das Kontrollratsgesetz ohne Heranziehung der arbeits- und sozialrechtlichen Grundsätze des früheren Arbeitsrechtes nicht anwendbar wäre. Diese besondere arbeitsrechtliche Tradition beginnt in Deutschland mit der Preussischen Gewerbeordnung von 1869, in der die erste gesetzliche Grundlage des Koalitionsrechts verankert wurde. Das Vertretungsrecht der Arbeiter fußt auf der Kaiserlichen Botschaft vom 17. Februar 1890, in der angekündigt wurde, daß "für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen sind, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Organen der Regierung befähigt werden". 1916, mit der Einführung des Hilfsdienstgesetzes, wurde diese Entwicklung fortgesetzt, als für alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten Ausschüsse vorgeschrieben wurden. Der Artikel 165 der Weimarer Verfassung vom August 1919 ist der nächste Schritt auf diesem Wege. Es heißt darin: "Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, in gleichberechtigter Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken". Damit war durchaus beabsichtigt, den Arbeitnehmer zum mitbestimmenden Faktor in der Wirtschaftsführung zu machen. Diese Absicht wurde mit dem Betriebsrätegesetz vom 2. Februar 1920 zwar nicht völlig durchgesetzt, es gab aber dem Betriebsrat eine klar umrissene und zu beachtende Stellung im Rahmen der Betriebsführung. Das nazistische Arbeitsordnungsgesetz unterbrach diese Entwicklung durch das ausschließliche Führungsrecht des Betriebsführers.

Die zur Entscheidung stehende Frage lautet nun: Will man an die alte arbeitsrechtliche Tradition anknüpfen, die in stetiger Entwicklung dem Arbeitnehmer die Möglichkeit gab, auf dem wirtschaftlichen Sektor an der Gestaltung der Gesellschaftsverhältnisse mitzuwirken, oder will man dem Arbeitgeber erneut "Führungsfunktionen" zubilligen? Man kann bei der Demokratisierung Deutschlands nicht die demokratische Tradition unberücksichtigt lassen. Der Schaden würde sehr groß sein.

Wiedergeburt des Liberalismus?

sp. Es gewinnt fast den Anschein, als sei man in Fachkreisen übereingekommen, den Vormarsch des Kollektivismus als unentrinnbares Schicksal hinzunehmen. Seit Nietzsche und Spengler steht die wissenschaftliche Welt unter der lähmenden Furcht vor der Vernichtung der freiheitlichen Ideale. Die beiden Weltkriege förderten kollektivistische Erscheinungen auch in Ländern, die sich bisher als Vorkämpfer politischer und wirtschaftlicher Freiheit fühlten.

Um so bedeutsamer erscheint es, wenn sich neuerdings wieder Kräfte zu regen beginnen, die dem Untergangsglauben entgegenwirken. Walter Lippmann, bekannter nordamerikanischer Publizist und Soziologe, hat es in einem klugen Buch unternommen, den geistigen und psychologischen Grundlagen des Molochs Kollektivismus zu Leibe zu gehen. Es heißt "The good Society" und ist unter dem Titel "Die Gesellschaft freier Menschen" 1945 in deutscher Übersetzung in Bern erschienen. Lippmann weist darin nach, daß die kollektivistische Wirtschaftsform, deren Grundgedanken er in der Planung sieht, nur in der Kriegswirtschaft ihre Berechtigung hat; denn nur im Kriege vermag eine staatliche Planungsstelle das auf die Wehrkraft ausgerichtete Produktionsziel zweckmäßig zu bestimmen, nicht aber in Friedenszeiten, wo es zur Feststellung des Güterbedarfs übermenschlicher Voraussicht bedürfte. So sei also kollektivistische Planung niemals als Ideal, sondern stets als Ausdruck einer Zwangslage zu betrachten. Dies gilt nach Lippmann für die faschistische Zwangswirtschaft, die auf den Krieg hin arbeitete, ebenso wie für die bolschewistische, die eine Folge der durch den ersten Weltkrieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Not Rußlands war und heute ebenfalls wieder auf den Krieg ausgerichtet ist.

Kollektivismus darf aber auch nicht als gesunder Fortschrittsglauben, Festhalten an der Individualwirtschaft und als "Reaktion" betrachtet werden. Das Gegenteil ist nach Lippmann richtig, und es gehört zu den interessantesten Abschnitten seines Buches, daß das Ancien Régime eines Ludwig XIV. über eine "gelenkte Wirtschaft" von höchster Vollendung verfügte. So wurden im Frankreich jener Zeit 16 000 Menschen allein deswegen hingerichtet, weil sie, entgegen den Planwirtschaftsanordnungen der Regierung, bedruckten Kattun herstellten! Daß im übrigen die Gilden und Zünfte des Mittelalters, nicht anders wie heute Trusts und Konzerne, ebenfalls schon kollektivistische Mittel der Wirtschaftslenkung darstellten, sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden.

Was aber hat nun Lippmann als Heilmittel gegen den von ihm als reaktionär empfundenen Kollektivismus anzubieten? Hier scheiden sich die Geister. Der Amerikaner empfiehlt die Rückkehr zum Liberalismus. Freilich nicht zu jener Wirtschaftsform, die im laissez faire das letzte Heil erblickte, sondern in einem sozusagen revisionistischen Wirtschaftsliberalismus, der die unzulänglichen Entscheidungen der Bürokratie durch eine kluge Gesetzgebung ersetzt. Aber kann dies wirklich der Weg sein, der aus dem Dilemma führt?

Wilhelm Röpke, der durch sein Buch "Die deutsche Frage" bekannte schweizerische Nationalökonom, hat in einem Vorwort zu Lippmanns Buch die Bedenken berührt, die uns bei der Lektüre kommen. Ist nicht die Auflösung unserer Gesellschaftsordnung, Vermassung, Proletarisierung und geistige Entloerung Schuld gerade jenes Liberalismus, so fragt er, den uns Lippmann wieder bescheren will? Lippmann steht persönlich J. Foster Dulles nahe, dem wirtschaftlichen Mentor der republikanischen Partei der USA, die im November den neuen Präsidenten stellen dürfte. Seine Vorschläge drücken also die Gedanken aus, die jene Kreise bewegen. Um so nachdrücklicher müssen die Zweifel zum Ausdruck gebracht werden, die gegenüber Lippmanns Wirtschaftsrezept bestehen. Die ganze Welt windet sich heute in Kriegsnöten: sollte man in solcher Zeit nicht doch einer Planung bedürfen, wie sie selbst Lippmann für Kriegsläufe als angebracht betrachtet? Und zwingt nichtvielleicht schon die seit der Zeiten des klassischen Liberalismus ungeheuerlich angewachsene Bevölkerungszahl der Erde, die Lippmann völlig außer Acht läßt, auch in Friedenszeiten zu einer weisen Regelung von Angebot und Nachfrage?

So erscheint das immerhin tapfere und kraftvolle Buch keineswegs als der Weisheit letzter Schluß. Das Richtige wird vielmehr auch hier zwischen den Extremen liegen, etwa da, wo der deutsche Sozialismus von je her steht. Aber Voraussetzung für die Gesundung der Welt ist die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Vernunft, und dies ist das Ziel, das auch Lippmann vorschwebt. So nehmen wir denn sein Buch als Beweis der führenden Kreise Amerikas, durch die Abstellung der Not in der Welt kollektivistischen Gewaltlösungen den Boden zu entziehen. Und darin stimmen wir mit ihm völlig überein.

Dr. R.

-.-.-.-.-

Russische Massen-Desertion

sp. Die Zahl der Russen, die aus der Sowjetzone in die Westzonen flüchten, ist in der letzten Zeit erheblich angestiegen. Allein nach (in der) US-Zone sind, wie die "New York Herald Tribune" meldet, in den vergangenen 12 Monaten über 13.000 Angehörige der russischen Besatzungskräfte geflohen. Unter diesen befanden sich rund 4000 Offiziere, darunter zwei Generale, von denen einer dem Stab Marschall Sokolowskis angehörte, sowie 6000 Soldaten, während es sich bei den restlichen 3000 um russische Arbeiter oder Angestellte handelte. Diese Zahlen dürften jedoch noch zu niedrig liegen, da viele Russen unter falschem Namen in die Westzonen gelangten und sich dort, von den Behörden unbemerkt, unter die deutsche Bevölkerung mischten. In ihnen sind außerdem all jene russischen Deserteure nicht einbegriffen, die in die Westzonen Österreichs sowie in die britische Zone Deutschlands geflohen sind. Man darf jedoch als sicher annehmen, daß ihre Zahl mindestens ebenso hoch ist wie die derjenigen Deserteure, die sich nach der US-Zone gewandt haben. Jeder einzelne Russe, der die Flucht nach dem Westen wagt, weiß, daß er erschossen wird, wenn er den Russen wieder in die Hände fällt und daß gegen seine Familienangehörigen in der Sowjetunion Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden. Daß sich dennoch immer mehr zur Flucht entschließen, wird einmal darauf zurückgeführt, daß die Engländer

keinen Deserteur an die Russen ausliefern und daß praktisch auch ein zwischen den Amerikanern und den Russen getroffenes Übereinkommen, demzufolge sich die Amerikaner zur Auslieferung von russischen Deserteuren verpflichteten, außer Kraft getreten ist. "Die amerikanischen Behörden sind sich allmählich bewußt geworden", so meint das New Yorker Blatt, "daß die russische Armee von Deserteuren eine Goldgrube für unabschätzbare Informationen bildet". Viele seien natürlich ungebildete Bauern und Arbeiter, von denen ungefähr Zweidrittel als Landarbeiter auf deutschen Bauernhöfen arbeiten. Die beiden erwähnten Generale jedoch und viele verantwortliche Offiziere, unter denen sich sogar eine Reihe von Offizieren des russischen Geheimdienstes selbst befinden, stellten Informationsquellen dar, die sonst unzugänglich sind und nicht nur über militärische Dinge, sondern auch über die inneren Zustände in der Sowjetunion wertvolle Auskunft zu geben vermögen. "Die Tatsache allein, daß diese Massen-Desertion im Frieden stattfindet, ist bereits ein ungeheuer kennzeichnender Kommentar des Sowjet-Systems. Sie beweist, daß das sowjetische politische Experiment ein schrecklicher und tragischer Fehlschlag ist. Denn nur ein System, das im Innern faul ist, kann das mächtige und unglaubliche Phänomen der Massenflucht nach dem Westen hervorbringen, die jetzt im Gange ist".

(b/B45/2/109/hs)

Arbeiterbüchereien

Von F. Müller-Rodenberger

Vor 1933 gehörten Arbeiterbibliotheken zu den Einrichtungen, die sich mit den Borungenschaften des sozialistischen Fortschrittes auf dem Gebiet der geistigen Entwicklung der werktätigen Bevölkerung fest verbunden und verankert hatten. In jahrzehntelanger Arbeit waren diese Büchereien in allen größeren Orten des deutschen Reichsgebietes entstanden und fanden regen Zuspruch. Das Buch als Spiegelung des Geistes, Licht der Phantasie und des Wissens bedeutete für den Arbeiter einen der Zugangswege zu Erkenntnissen, Entspannung und wahrer Freude. Darum liest der Arbeiter und darum müßte er mehr und oft Besseres lesen. Bücher können aber auch Verwirrung statt Klarheit, Zurücksinken statt Aufschwung, Vergiftung der Phantasie statt Veredelung, Barbarei statt Freiheit schaffen. Um so verantwortungsvoller ist die Arbeit des Verlegers und, als letzter Vermittler des geistigen Produktes, des Buchhändlers. Im größten Ausmaße hatten sich vor 1933 unzählige Menschen der Arbeiterbewegung zur Zusammenarbeit gefunden und ihre Freizeit dafür geopfert, den Werktätigen die gewünschte Geisteskost zu bieten. Bis zu 30 000 Neuerscheinungen kamen jährlich heraus. Aufgabe der Arbeiterbibliotheken war es, aus dieser Flut, das Wertvollste zu schöpfen. Ein Reichtum von Geisteserschätzen wurde zusammengetragen, der im Zuge der "33er Bereinigung" in alle Winde verstreut wurde oder in Planen aufging.

Unzählige öffentliche Bibliotheken wurden im unseligen letzten Krieg ein Opfer der Plünder und nur wenige Körperschaften gibt es, denen ihre Bestände durch Auslegung oder Zufälle erhalten geblieben

sind. Die Kosten eines Buches gegenüber dem Vorkriegsstand sind wesentlich höher geworden. Die Verlage lieferten vor der Währungsreform ihre Produktion zu Preisen aus, die durch erhöhte Herstellungskosten, einerseits bedingt durch Sonderleistungen gegenüber Druckereien und Bindereien, andererseits durch Schwarzkäufe von Papier und Materialien, kein Kaufhindernis für den Leser darstellten. Trotz dieser, bis zu 100 Prozent teureren Preise, konnten Bücher nur bei einem gutbekannten Buchhändler erworben werden.

Nach der Währungsreform kamen auch in den Buchläden die gehorteten "geistigen Waren" zum Vorschein. Genau wie in allen anderen Branchen geschah das Wunder, daß in der Nacht vom 20. bis 21.6.1948 die Lieferungen der Verlage eintrafen. In teilweise recht guter Ausstattung lagen sie in den Schaufenstern zum Verkauf. Das Angebot der Verlage setzte anschließend ein; auch sie fingen an, ihre gehorteten Waren mit erhöhtem Rabatt anzubieten. Die Kommentierung dieser Haltung fand am deutlichsten dadurch Ausdruck, daß der Vorsitzende des Verlegerverbandes seinen Posten zur Verfügung stellte. Die Leistungen des Verlagsbuchhandels in Bezug auf Ausstattungen und Haltbarkeit der Einbände läßt noch viele Wünsche offen. Sie sind größtenteils noch weit davon entfernt, was früher eine selbstverständliche Qualitätsfrage war, ohne daß die Inflationspreise ermäßigt worden wären. Der Werktätige, dessen Einkommen in keinem Verhältnis zu den Warenpreisen und Lebenshaltungskosten steht, hat auch jetzt keine Möglichkeit, den Weg zum Buch zu finden. Leihbüchereien lehnen die Annahme neuer Kunden ab. Zu Neuan-schaffungen und zur Erweiterung ihrer Bibliothek fehlen die Mittel.

Wenn dem zufolge aus den Kreisen der Arbeiterschaft im verstärkten Maße der Wunsch nach Wiedererrichtung eigener Büchereien entsteht, so kann man diese Forderung nur als berechtigt unterstützen und die dafür maßgeblichen und verantwortlichen Stellen auffordern, nunmehr die notwendigen Schritte zur Verwirklichung der Arbeiterbüchereien einzuleiten.

Die USA-Präsidentenwahl und die Gewerkschaften

sp. Rund 15 1/2 Millionen Mitglieder zählen die amerikanischen Gewerkschaften, die in den beiden großen Organisationen der AFL (American Federation of Labour) und CIO (Congress of Industrial Organisation) zusammengeschlossen sind. Für die kommende Präsidentschaftswahl hat sich jedoch nur die CIO eindeutig festgelegt. Sie tritt für Truman ein, der in einer an die beiden Organisationen anlässlich des "Labour-Tages" gerichteten Botschaft auf die arbeiterfreundliche Einstellung der demokratischen Partei hinwies. 1933 habe das wöchentliche Durchschnittseinkommen des amerikanischen Arbeiters noch 16.73 Dollars betragen, nach 16jähriger demokratischer Regierung sei es auf 52.81 Dollars gestiegen. William Green, der 78-jährige Präsident der AFL, der wesentlich stärkeren der beiden Gewerkschaftsgruppen, hat neuerdings erklärt, daß die Republikanische Partei die Arbeiter der Mittel beraube, um sich und ihre Familie ernähren zu können, und hat sich mit dieser Erklärung indirekt gegen den republikanischen Kandidaten

Dewey ausgesprochen. Aber zugleich teilte eine der größten Gewerkschaften der AFL, die über eine Million Mitglieder zählende "Brotherhood of Teamsters", die sich in der Hauptsache aus Chauffeuren und Warenhausarbeitern zusammensetzt, mit, daß sie sich zu einer neutralen Haltung entschlossen habe. Diese "neutrale" Haltung bedeutet praktisch jedoch ein Eintreten für Gouverneur Dewey, da der Führer der "Brotherhood of Teamsters" zu den engsten Freunden Deweys gehört. Die von John L. Lewis geführte, eine halbe Million Bergarbeiter umfassende "United Mine Workers" Gewerkschaft dürfte ebenfalls für Dewey stimmen, dagegen erwartet man, daß die United Electrical Worker-Gewerkschaft mit ihrer Million Mitgliedern die Kandidatur Henry Wallace unterstützt. Ihre Haltung stellt gleichfalls eine indirekte Hilfe für Dewey dar, da diese Stimmen Truman verloren gehen, dem sie sonst sicher gehört hätten, wäre Wallace nicht als Präsidentschafts-Anwärter aufgetreten.

(b/B. 65/2/109/hs)

Wenn die Schweden Wahlkampf haben...

sp. Am 19. September wird in Schweden die zweite Kammer gewählt. Es geht um einen ganz hohen Einsatz: die bürgerlichen Parteien wollen die sozialdemokratische Regierung stürzen. Dementsprechend ist der Wahlkampf, er ist - nach schwedischen Begriffen - unerhört scharf und jedenfalls der bisher schärfste überhaupt. Zwischen Deutschland und Schweden liegt die Ostsee, an manchen Stellen so schmal, daß sie im Fischerboot überquert wird. Und dennoch trennt eine Welt die beiden Länder - in der Auffassung über Moral und Anständigkeit im politischen Kampf. Kennzeichnend ist der nachstehend verzeichnete Vorfall, der in Stockholm die Gemüter heftig bewegt hat und von allen Parteien als Tiefpunkt der Unanständigkeit im politischen Kampf bezeichnet wurde. Alle Parteien haben Wahlplakate mit den üblichen Wahlparolen ausgehängt. Ein Plakat der Sozialdemokraten wurde durch unbekannte Täter abgerissen. Die Empörung war allgemein, am meisten empört war naturgemäß die Sozialdemokratische Partei und ihr Zentralorgan "Morgen-Tidningen" schrieb dazu: "Bei der sozialdemokratischen Parteileitung Stockholms findet man natürlicherweise die Mentalität, die hinter dieser Tat liegt, bedrückend und man hat deswegen gemeint, daß man in dieser Sache bei der Polizei Anzeige erstatten muß..."

(m/B 65/2/109/hs)

Auch 1949 noch Kriegsgefangene in Rußland?

sp. Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD teilt mit: Von allen Heimkehrern, die durch das Lager Friedland in die britische Zone und das Lager Moschendorf in die amerikanische Zone gehen, wird übereinstimmend berichtet, daß bis Ende des Jahres 1948 nicht alle deutschen Kriegsgefangenen aus Sowjetrußland in die Heimat zurücktransportiert sein werden. Diese Erkenntnis sei auch an russischen Stellen sichtbar. So berichtete der Lagerarzt im Kriegsgefangenenlager Krasnogard bei einer Ansprache vor den abreisenden Kriegsgefangenen, daß schon allein durch die schlechteren Transportverhältnisse in den Wintermonaten der Rücktransport sich erheblich verzögern würde.